



## **TRANS\*-WAHLPRÜSTEINE von TrIQ e.V. ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017 – die Antworten der Parteien**

**Der TrIQ-Talk zur Wahl:**

**Donnerstag 7. September, 19 Uhr, Aquarium, Skalitzer Str. 6,  
mit Gästen aus den Parteien: <https://tinyurl.com/yb5g7qb3>**

*Anmerkungen:*

- (1.) Reihenfolge der Antworten entsprechend der Fraktionsgrößen im 18. Deutschen Bundestag.*
- (2.) Bis zum 15.8. lagen die Antworten von CDU/CSU auf die Wahlprüfsteine von TrIQ e.V. noch nicht vor, sie werden ggf. ergänzt.*

### **1. Wie verhält sich Ihre Partei zu den Forderungen von trans\* Menschen, die die Abschaffung eines Geschlechtereintrags fordern?**

#### **SPD**

Die SPD will, dass Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können – mit gleichen Rechten und Pflichten. Deshalb werden wir auch die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern und gewährleisten, dass sie selbst über ihr Leben bestimmen können. Das betrifft medizinische, gesundheitliche, soziale und rechtliche Aspekte. Wir werden daher das Transsexuellengesetz und weitere Gesetze reformieren. Ob es bessere oder unbürokratische Alternativen zum Personenstand „männlich“, „weiblich“ oder „kein Eintrag“ gibt, muss sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren und einen Mehrwert in Bezug auf deren Selbstbestimmung im Vergleich zum rechtlichen Status quo bieten. Die Bedürfnisse sind sehr unterschiedlich. Einige Personen würden ein „drittes Geschlecht“ vorziehen. Andere wiederum fühlen sich beiden Geschlechtern zugehörig oder empfinden eine ganz eindeutige Geschlechtszugehörigkeit. Wir müssen hier eine breite gesellschaftliche Debatte ohne Diskriminierung und Vorurteile führen.

#### **DIE LINKE**

DIE LINKE hält diese Forderung für berechtigt. Schon heute enthält der Personalausweis keinen Geschlechtseintrag. Dies auszuweiten und grundsätzlich in das Recht zu implementieren, würde Diskriminierungen beseitigen. Doch dies erfordert eine breite gesellschaftliche Debatte, die nicht nur auf Deutschland beschränkt sein darf. Auch – und hier muss man ehrlich sein – ist die Debatte in dieser Form noch nicht innerhalb der Partei der LINKEN ausreichend geführt worden. DIE LINKE unterstützt deshalb zunächst die Erweiterung von Variationen des Geschlechtseintrags. DIE LINKE unterstützt den von Konstanze Plett für das Bundesministerium für Familie Senioren und Frauen erarbeiteten Gesetzentwurf.



### **Bündnis 90 / Die Grünen**

Die Kategorie Geschlecht spielt in der deutschen Rechtsordnung eine immer marginalere Rolle. Nachdem die Wehrpflicht abgeschafft wurde, unterscheidet vor allem das Eherecht zwischen Frauen und Männern. Zudem lies 2013 der Gesetzgeber eine dritte Kategorie zu, indem er für intersexuelle Menschen keine Geschlechtsangabe vorsieht. Daher stellt sich eine legitime Frage, ob der Staat das Geschlecht der Bürger\*innen weiter erfassen soll. Den Vorschlag auf eine Eintragung des Geschlechts im Personenstandsregister zu verzichten, erörterte auch der Deutsche Ethikrat in seiner Stellungnahme vom 23. Februar 2012 zur Intersexualität. Allerdings würde das die Maßnahmen zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern erschweren, da die formalisierte Aufteilung nicht mehr staatlich erfasst wäre. Daher verfolgen wir die Diskussion aufmerksam und arbeiten an einer Lösung, die niemand zu einer unerwünschten Kategorisierung zwingt, aber zugleich Möglichkeiten gibt, die immer noch benachteiligten Frauen bei der tatsächlichen Gleichstellung zu unterstützen.

### **FDP**

Der Zwang zur Eindeutigkeit der geschlechtlichen Zugehörigkeit passt nicht in eine moderne Gesellschaft der Vielfalt. Die gesellschaftliche Wirklichkeit ist nicht bipolar. Dort, wo die Eintragung eines Geschlechts unerlässlich erscheint, muss sich diese Tatsache mindestens in einer ergänzenden eigenen Kategorie möglich sein.

**2. Was ist Ihre parteiinterne Haltung zu den Forderungen bzgl. einer Reform des Transsexuellengesetzes (z.B. gemäß [www.tsgreform.de](http://www.tsgreform.de))? Planen Sie, sich in der nächsten Legislaturperiode für die Abschaffung dieses bevormundenden, diskriminierungsproduzierenden gerichtlichen Verfahrens, inklusive des Begutachtungsverfahrens, und stattdessen für ein stark vereinfachtes, selbstbestimmtes und menschenrechtskonformes Verfahren der rechtlichen Geschlechtsangleichung an das Identitätsgeschlecht einzusetzen, das auf Selbstauskunft der betreffenden Person beruht und eine einfach Änderung von Vornamen und Geschlechtseintrag bei der für den Personenstand zuständigen Behörde (Standesamt) ermöglicht?**

### **SPD**

Wir wollen eine umfassende Änderung des Transsexuellengesetzes. Bisher haben CDU und CSU das verhindert. Sie ignorieren, dass mittlerweile mehrere Vorschriften des Gesetzes vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft und für nicht anwendbar erklärt worden sind. Grundlage für uns für eine Reform ist das Prinzip der Anerkennung der Geschlechtsidentität und der Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung. Wir wollen die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern, das betrifft medizinische, gesundheitliche, soziale und rechtliche Aspekte. Bürokratische Hürden wollen wir insgesamt abbauen und Verfahrenskosten reduzieren. Zahlreiche Studien haben festgestellt, dass Begutachtungsverfahren in vielen



Fällen von unverhältnismäßigem Zeit und Kostenaufwand sowie von entwürdigenden und diskriminierenden Erfahrungen für die Betroffenen geprägt sind. Deshalb müssen die Verfahren so gestaltet werden, dass die Würde und die Bedürfnisse der Betroffenen im Mittelpunkt stehen.

### **DIE LINKE**

DIE LINKE steht hinter den Forderungen von [tsgreform.de](http://tsgreform.de). Jeder Mensch sollte seinen Vornamen und sein Geschlecht frei wählen dürfen, ohne Hürde und Einschränkung. In dem Entwurf unseres Wahlprogramms heißt es dazu konkret: „Wir unterstützen Trans\* Menschen in ihrem Kampf für das Recht auf selbstbestimmte Geschlechtsidentität. Das beginnt damit, Trans\* Identitäten nicht mehr als Krankheit zu betrachten, die geheilt werden muss. Begutachtungspflicht, Therapiezwang und das gerichtliche Verfahren müssen abgeschafft werden, wenn es darum geht, Vornamen und Personenstand zu ändern. Stattdessen muss dieses Verfahren in einen Verwaltungsakt überführt und auf Antrag ohne Vorbedingung diskriminierungsfrei geregelt werden. Das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden. Medizinisch nicht notwendige, frühkindliche Operationen an Intersexuellen zum Zwecke der Geschlechtsangleichung dürfen nur durchgeführt werden, wenn diese selbst einwilligungsfähig sind und ihre Zustimmung gegeben haben.“

### **Bündnis 90 Die Grünen**

Eine radikale Reform des Transsexuellenrechts ist überfällig. Wir haben ein modernes Selbstbestimmungsgesetz (Bundestagsdrucksache 18/12179) vorgeschlagen, dessen Leitbild die persönliche Freiheit und nicht irgendwelche Ordnungsvorstellungen über die Geschlechter ist. Es ist höchste Zeit, dass die tatsächliche Vielfalt von Identitäten akzeptiert wird, anstatt trans\* Menschen in vorgegebene Raster zu pressen und ihnen das Leben schwerzumachen.

Wir wollen das Verfahren für die Änderung der Vornamen und Berichtigung des Geschlechtseintrages deutlich vereinfachen und nur vom Geschlechtsempfinden der Antrag stellenden Person abhängig machen. Die Transsexualität kann nicht diagnostiziert werden, lediglich die Antrag stellende Person selbst kann letztlich über ihre geschlechtliche Identität Auskunft geben. Es wird zudem auf die Anrufung eines Gerichts verzichtet. Der Antrag ist bei den Standesämtern zu stellen, so dass die Berichtigung im Rahmen eines Verwaltungsaktes unbürokratisch erfolgen soll.

Unser Gesetzesvorschlag ermöglicht ab Vollendung des 14. Lebensjahres die Berichtigung des Geschlechtseintrages und Änderung der Vornamen auch ohne Mitwirken des gesetzlichen Vertreters. Das Verfahren für Personen, die das 14. Lebensjahr nicht vollendet haben, sowie für geschäftsunfähige Personen bedarf der Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertretung. Diese kann im Falle einer Weigerung gerichtlich ersetzt werden, wofür die Notwendigkeit der Bestellung eines Verfahrensbeistands bestimmt ist.

Ein wesentlicher Schwerpunkt unseres neugefassten Selbstbestimmungsgesetzes ist auch die Reform des Offenbarungsverbot – also des Verbotes, die neue geschlechtliche Identität zu ignorieren oder auf die alte Identität abzustellen. Das bisherige Offenbarungsverbot hat sich als zahnlos erwiesen: Immer wieder haben Behörden und



Unternehmen sich geweigert, Unterlagen oder Zeugnisse neu zu erstellen. Für die Betroffenen folgt deswegen nach dem Kampf um die neue Identität häufig ein Krieg um die Anerkennung der neuen Realität durch die Umwelt. Unser Gesetzentwurf sieht nun bei einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Verweigerungshaltung eine strafbewehrte Ordnungswidrigkeit vor.

Ohne konkrete Behandlungsstandards festzulegen formuliert das vorgeschlagene Selbstbestimmungsgesetz eine Auslegungshilfe bei der Gestaltung und Abwicklung von Leistungen der Gesundheitsversorgung. Sie soll Patient\*innen als Leitlinie bei der Ausübung ihrer Patientenrechte dienen und zur Prävention von Diskriminierung beitragen.

### **FDP**

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Fortentwicklung des Transsexuellengesetzes ein. Die Personenstands- und Namensänderung sind heute gutachterpflichtig und langwierig. Diese Verfahren halten wir für überflüssig. Die aktuelle Bundesregierung war hier vier Jahre lang untätig. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Personenstands- und Namensänderungen ohne diskriminierende Hürden erfolgen. Einen Zwang zu medizinischen Maßnahmen lehnen wir ab. Daneben treten wir aber dafür ein, dass Krankenkassen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen bei Transsexualität übernehmen.

### **3. Wie verhält sich Ihre Partei gegenüber Community-Forderungen nach Entstigmatisierung und Depsychatisierung von Transsexualität als Krankheit und nach gleichzeitiger, verbesserter rechtlicher Regelung und Verankerung des Rechts auf Kostenübernahme im Sozialgesetzbuch für alle persönlich als notwendig empfundenen, geschlechtsangleichenden medizinischen Maßnahmen - auch angemessene Maßnahmen im noch nicht geschäftsfähigen Alter (z.B. Hormonblocker)?**

### **SPD**

Die gesamte Gesellschaft ist aufgefordert, geschlechtliche Vielfalt als eine Variante menschlicher Geschlechtsentwicklung anzuerkennen und nicht durch die Medizin in ein Korsett starrer Zweigeschlechtlichkeit einzupassen. Die aktuelle bevölkerungsrepräsentative Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes über Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland zeigt, dass es weiterhin viele Vorbehalte und viel Ablehnung gegenüber trans\* Menschen gibt. Aufklärung über ihre besonderen Lebensweisen und die Auswirkungen häufig erfahrener physischer und psychischer Diskriminierungen ist deshalb besonders wichtig. Die Themen Trans- und Intergeschlechtlichkeit müssen fester Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung in allen Gesundheits- und Bildungsberufen sein. In Kindertageseinrichtungen und im Schulunterricht muss ein angemessener Umgang mit Transsexualität und geschlechtlicher Vielfalt vermittelt werden. Fachkräfte in den Bereichen Verwaltung, Sport, Polizei und Justiz müssen stärker sensibilisiert werden. Die SPD wird sich weiter in diesen gesellschaftlichen Prozess aktiv einbringen, jeder Diskriminierung und Stigmatisierung entschlossen entgegenzutreten und die politischen und gesetzgeberischen Spielräume zur Herstellung von



Geschlechtergerechtigkeit und Teilhabe nutzen. Es ist Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung, allen Versicherten Zugang zu den notwendigen Leistungen der Gesundheitsversorgung diskriminierungsfrei und bedarfsorientiert zu ermöglichen. Gesundheitspolitik muss dafür sorgen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen dies in allen Versorgungsbereichen möglich machen. Mit dem Gesetz zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention haben wir in dieser Legislaturperiode dazu einen wichtigen Schritt vollzogen und das Ziel Geschlechtergerechtigkeit in der Prävention und Krankenbehandlung gesetzlich verankert. Es ist damit für alle Leistungserbringer und die gesetzlichen Krankenkassen verbindlich. Wir werden, wo immer das möglich ist, darauf hinwirken, dass diese Verpflichtung zum Tragen kommt.

### **DIE LINKE**

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach Entstigmatisierung und Depsychiatisierung von Transsexualität. Die Verankerung im Sozialgesetzbuch und die Übernahme der Kosten ist richtig. Hierzu heißt es im Entwurf des Wahlprogramms: „Im Sinne einer bedürfnisorientierten und präventiven Gesundheitsversorgung brauchen Trans\*Menschen (auch geflüchtete) Zugang zu allen transspezifischen medizinischen, therapeutischen und beratenden Leistungen und eine unbürokratische Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Alle benötigten Leistungen müssen im Katalog der Kostenträger enthalten sein. Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von Beratungsangeboten in Zusammenarbeit mit Trans\*Initiativen ein. All dies gilt für alle Menschen im einwilligungsfähigen Alter. Die frühe und zügige Einleitung der Geschlechtsangleichung kann Leid verhindern und ist im Sinne der Betroffenen.“

### **Bündnis 90 Die Grünen**

Wir sprechen uns seit langem gegen die Psychopathologisierung von Transsexualität aus. Es ist absurd und menschenunwürdig, dass sich beispielsweise eine Transfrau als psychisch kranker Mann diagnostizieren lassen muss, damit ein Gericht entscheiden kann, dass sie doch eine Frau ist. Daher haben wir vom Anfang an die Bestrebungen begrüßt, ab 2018 in der revidierten Internationalen Klassifikation der Krankheiten der Weltgesundheitsorganisation WHO (ICD-11) Transsexualität als „geschlechtliche Nichtübereinstimmung“ zu klassifizieren. Gleichzeitig muss die Gesundheitsversorgung von Trans\*Menschen und insbesondere die Kostenübernahme für eine Transition gewährleistet werden, wobei dem Selbstbestimmungsrecht der betreffenden Person stets Geltung verschafft werden soll. Genau das sieht unser Selbstbestimmungsgesetz vor.

### **FDP**

Wir lehnen jede Stigmatisierung der Betroffenen ab, insbesondere halten wir es für falsch, wenn Transsexualität als psychische Krankheit dargestellt wird. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Krankenkassen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen bei Transsexualität übernehmen.



#### **4. Welche weitere Maßnahmen wird Ihre Partei für eine verbesserte Gesundheitsversorgung von trans\*Menschen ergreifen? Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die soziale und ökonomische Ausgrenzung von trans\*Menschen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in anderen Bereichen der gesellschaftlichen Teilhabe zu überwinden?**

##### **SPD**

Es ist wichtig zielgruppenspezifisch mehr über das Gesundheitsverhalten und die gesundheitliche Versorgungssituation von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in Deutschland zu wissen. Auf der Grundlage eines gruppenspezifischen Gesundheitsberichts können Forschungsbedarfe und konkrete Handlungserfordernisse für die verschiedenen Akteure in der Gesundheitsförderung, der gesundheitlichen Versorgung sowie in Politik und Gesellschaft abgeleitet werden. Wir werden uns deshalb für einen gruppenspezifischen Gesundheitsbericht einsetzen. Die SPD unterstützt darüber hinaus den Aufbau interdisziplinärer Kompetenzzentren für die Versorgung von trans- und intergeschlechtlichen Menschen und den Ausbau eines unabhängigen Beratungs- und Betreuungsangebotes für Kinder, deren Eltern, Heranwachsende und Erwachsene unter Einbeziehung der Beratungs- und Selbsthilfeeinrichtungen der Betroffenenverbände. Hierauf wollen wir gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen, der Ärzteschaft und die Antidiskriminierungsstellen des Bundes und der Länder verstärkt hinwirken.

##### **DIE LINKE**

Wir setzen uns für einen bewussten Umgang mit dem Thema Trans\* im Gesundheitsbereich ein. Neben der unbürokratischen Kostenübernahme ist es wichtig, dass eine Sensibilisierung hergestellt wird. Es wäre sinnvoll, wenn Das Bundesministerium für Gesundheit hier einen stärkeren Fokus drauf legt und dass es gezielte Fortbildungsmodulare für Mitarbeiterinnen bei der GKV und der PKV gibt. Nur DIE LINKE setzt sich konsequent für soziale Gerechtigkeit und gegen Diskriminierung ein. Die Abschaffung von Leiharbeit, höhere Mindestlöhne und die Abschaffung von Hartz IV kommt allen Menschen zugute, aber besonders denen, die bislang diskriminiert werden. Das neoliberale Paradigma muss überwunden werden. Daneben ist es wichtig, dass Mitarbeiter\_innen des Jobcenters und der Arbeitsagentur zum Thema Trans\* geschult werden und gezielte Programme zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt entwickelt werden. Gerade Trans\*-Menschen sind besonders von Hartz IV und späterer Altersarmut betroffen. Dies muss überwunden werden.

##### **Bündnis 90 Die Grünen**

Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen von Trans\*Menschen sind verheerend. Die



Tatsache, dass 96 Prozent der transsexuellen Jugendlichen Diskriminierung aufgrund ihrer geschlechtlichen Zugehörigkeit erlebt haben (Studie des Deutschen Jugendinstituts „Coming-out und dann...?!“, November 2015) müsste eine verantwortungsvolle Bundesregierung wach rütteln und zum schnellen Handeln zwingen. Leider brachten vier Jahre großer Koalition ein paar zusätzliche Studien und sonst nichts.

Es muss aber schnell viel getan werden: Trans\*feindlichkeit muss in den in Überarbeitung befindlichen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus aufgenommen, ein konkreter Maßnahmenkatalog formuliert sowie finanziell abgesichert werden. Zudem muss das Antidiskriminierungsrecht weiterentwickelt werden. Die Erfahrung der letzten 10 Jahren zeigt, dass vor allem der Rechtsschutz ausgebaut werden muss, sodass die von Diskriminierung Betroffenen ihre legitime Rechte geltend machen können. Dazu zählt in erster Linie ein echtes Verbandsklagerecht, das u.a. auch Trans\*Verbänden Prozessführung in Fällen von allgemeiner Bedeutung ermöglichen würde. Zudem wollen wir klarstellen, dass der Diskriminierungsgrund Geschlecht – entgegen der Gesetzesbegründung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes – auch Diskriminierungen aufgrund der Geschlechtsidentität, also trans- und intersexuelle Menschen erfasst. Mit diesem Schritt sollen sichergestellt werden, dass die betroffenen Menschen nicht länger nur einen schwächeren rechtlichen Schutz haben.

#### **FDP**

Wir Freie Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Toleranz und Akzeptanz gestärkt werden. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ist dazu mit zusätzlichen Mitteln auszustatten. Um rechtliche Diskriminierungen wegen geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung zu beseitigen, wollen wir zum Beispiel das überholte Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer abschaffen und das Transsexuellengesetz endlich so erneuern, dass die Personenstands- und Namensänderung ohne diskriminierende Hürden erfolgt. Die Krankenkassen sollen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen bei Transsexualität übernehmen. Wir fordern zudem eine Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz an die der europäischen Grundrechtecharta und damit die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters.

**5. Wie wird Ihre Partei der Situation von trans\*Geflüchteten gerecht werden, um sie (auch aus vermeintlich "sicheren Herkunftsländern") als besonders schutzbedürftig anzuerkennen, eine menschenrechtskonforme, diskriminierungs- und gewaltfreie Unterbringung sowie ihre adäquate medizinische Versorgung zu gewährleisten?**

#### **SPD**

Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften sehr wichtig. Wir wollen schutzsuchende queere Menschen, alleinreisende Frauen, Schwangere, Frauen



mit Kindern besonders schützen. Für die Aufnahme von Schutzsuchenden und damit auch für die Begleitung, Beratung und den Schutz der lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen und intersexuellen Flüchtlinge (LSBTI) sind in erster Linie die aufnehmenden Länder und Kommunen zuständig und nehmen diese Verantwortung wahr. Länder und Kommunen haben teilweise in eigener Verantwortung Konzepte für die Unterbringung und Begleitung besonders schutzbedürftiger Personengruppen unter den Asylsuchenden entwickelt. Die Bundesregierung hat federführend durch uns begleitend bereits ebenfalls Maßnahmen ergriffen: Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert seit Ende März 2016 mittels eines Programms der Kreditanstalt für Wiederaufbau bauliche Schutzmaßnahmen für schutzbedürftige Personengruppen in den Flüchtlingsunterkünften. Mit diesem Programm werden den Kommunen vergünstigte Investitionskredite mit einem Gesamtvolumen von bis zu 200 Millionen Euro bereitgestellt, die für Neu- und Umbauten, den Erwerb, die Modernisierung sowie die Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften zur Umsetzung von Mindeststandards zum Schutz von Frauen, Kindern und weiteren schutzbedürftigen Personengruppen, zu denen auch LSBTI zählen, verwendet werden können. Das BMFSFJ erarbeitet derzeit einen Annex zu den 2016 unter der Federführung des BMFSFJ und UNICEF entwickelten „Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften“ speziell zur Gruppe schutzsuchender LSBTI. Die Mindeststandards stellen eine Orientierungshilfe für die Schaffung entsprechender Strukturen in Einrichtungen und Unterkünften dar. Der Annex soll noch im Sommer 2017 veröffentlicht werden und zum Beispiel mittels des Programms „Koordinierungsstellen zum Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften“, das 400 Flüchtlingsunterkünfte umfasst, umgesetzt werden. Unsere Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration fördert ein Projekt des Bildungsträgers Akademie Waldschlösschen zur Fortbildung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Arbeit mit LSBTI-Schutzsuchenden sowie zur Vernetzung und Selbsthilfe von schutzsuchenden LSBTI. Vor der Abstimmung des 18. Deutschen Bundestags über ein Gesetz, dass die Demokratische Volksrepublik Algerien, das Königreich Marokko und die Tunesische Republik als sichere Herkunftsstaaten einstufen soll, hatten wir erhebliche Bedenken, da in diesen Ländern noch immer Verfolgung stattfindet von Journalisten, Homosexuellen sowie geschlechtsspezifische Verfolgung. Wir haben uns dabei versichert, dass das BAMF durch die internen Leitsätze alle Entscheider dafür sensibilisiert, dass es bei Homosexuellen und bei geschlechtsspezifischer Verfolgung zu Problemen kommen könne. Damit wollten wir gewährleisten, dass die gesetzliche Vermutung in diesen Fällen widerlegt werden kann. Wir wollen uns auch künftig dafür einsetzen, dass geschlechtsspezifische Asylgründe besser anerkannt werden.

## **DIE LINKE**

Alle LSBTTI-Menschen, die vor staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung nach Deutschland fliehen, sollten hier ein Asylrecht erhalten. Das Konstrukt der sicheren Herkunftsstaaten lehnt DIE LINKE ab. DIE LINKE unterstützt die Errichtung und den Ausbau von Unterbringungen speziell für LSBTTI. Dies ist im Angesicht von Gewalterfahrungen von LSBTTI in der bisherigen Unterbringungsstruktur dringend geboten.





### **Bündnis 90 Die Grünen**

Das Asylgrundrecht ist Teil unserer Verfassung und eine Lehre aus der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. Grundrechte sind nicht verhandelbar oder durch künstliche Obergrenzen zu kontingentieren. Wir setzen uns für effiziente und faire Asylverfahren ein. Trans\* Menschen, die wegen ihrer Geschlechtsidentität verfolgt und in ihrer körperlichen Unversehrtheit bedroht werden, muss die Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Asylgesetz zuerkannt werden. Im Asylverfahren müssen von Beginn an auf die besondere Schutzbedürftigkeit der Betroffenen Rücksicht genommen und sie müssen effektiv vor weiterer Bedrohung und Diskriminierung geschützt werden, etwa durch eine entsprechend geschützte Unterbringung während des Asylverfahrens. Anhörungen zu den Asylgründen sind nur von entsprechend qualifizierten Entscheider\*innen sowie Dolmetscher\*innen vorzunehmen.

Wir halten die Ausweitung von „sicheren Herkunftsstaaten“ für falsch. Unsichere Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“ erklären. Gerade für Minderheiten wie Trans\* Personen sind viele Länder nicht sicher. Das Grundrecht auf Asyl steht jedem einzelnen Verfolgten zu. Flüchtlinge im Verfahren je nach Herkunftsstaat unterschiedlich zu behandeln, ist mit dem individuellen Charakter dieses Grundrechts nicht in Einklang zu bringen und läuft dem Diskriminierungsverbot aus Artikel 3 der Genfer Flüchtlingskonvention zuwider.

### **FDP**

Die deutsche Außenpolitik muss darauf hinwirken, dass weltweit Diskriminierung und Verfolgung von LSBTTI-Personen beendet wird. Dazu sollen Fragen zum Respekt der Menschenrechte von LSBTTI in bestehende und neu initiierte Menschenrechtsdialoge mit anderen Ländern eingebunden werden. Deutschland soll international die Initiative für Projekte und Positionen zu Menschenrechten von LSBTTI ergreifen oder die Initiativen anderer Länder unterstützen. Alle deutschen Botschaften und Konsulate sollen weiterhin über die Situation von LSBTTI berichten und so eine aktuelle Einschätzung zur Sicherheit in den jeweiligen Ländern ermöglichen.

LSBTTI müssen oft die Flucht aus ihren Heimatländern ergreifen. Sie riskieren auch während der Flucht oder bei der Ankunft in aufnehmenden Ländern, weiter diskriminiert zu werden. Deshalb setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass alle EU-Länder eine Verfolgung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität als Fluchtgrund aus Ländern anerkennen, wobei dies auch während des Asyl-Verfahrens vorgetragen und berücksichtigt werden können muss. Das Personal in der Betreuung und in den Flüchtlingslagern muss in Bezug auf Verfolgung und Diskriminierung der LSBTTI sensibilisiert und geschult werden. Sie müssen als erste Ansprechpartner in den aufnehmenden Ländern Gespräche mit LSBTTI führen können, in denen sie über die Rechtslage informieren und für ihren Schutz sorgen.



**6. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in allen Einrichtungen, die geschlechtergetrennt organisiert sind (z.B. Gefängnisse, Krankenhäuser, Toiletten etc.), die Anliegen von nicht-binären Menschen Berücksichtigung finden, so dass eine Nutzung/Unterbringung diskriminierungs- und gewaltfrei erfolgen kann?**

**SPD**

Menschen sollen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität frei und sicher leben können. Die Gleichheitsrechte in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz müssen um die sexuelle Identität erweitert werden. Initiativen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie werden wir verstärken. Wir werden die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern und gewährleisten, dass sie selbst über ihr Leben bestimmen können. Das betrifft medizinische, gesundheitliche, soziale und rechtliche Aspekte. Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Die Stärke einer Demokratie zeichnet sich dadurch aus, wie sie Minderheiten berücksichtigt und mitnimmt. Das zeigt sich auch in öffentlichen Räumen und Einrichtungen vor Ort. Die Gestaltung dieser ist Aufgabe der Länder und Kommunen. Allerdings können nur finanziell handlungsfähige Kommunen die jeweils erforderlichen Angebote bereitstellen. Deshalb entlasten wir Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe und stärken gezielt finanzschwache Kommunen. Seit 2014 übernimmt der Bund die Kosten von jährlich gut 6 Milliarden Euro für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung komplett. Darüber hinaus entlastet der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben mit einem anwachsenden Milliardenbetrag: jeweils 1 Milliarde in den Jahren 2015 und 2016, dann 2,5 Milliarden 2017 und 5 Milliarden Euro ab 2018.

**DIE LINKE**

Ja, DIE LINKE setzt dafür ein, dass das Leben von nicht-binären Menschen erleichtert wird. Unisex-Toiletten im öffentlichen Raum gehören dazu. Langfristig müssen Einrichtungen wie Gefängnisse und Krankenhäuser dafür sensibilisiert werden. Dafür bedürfte es aus Sicht der LINKEN einer langfristigen Strategie, die den Einrichtungen sowie den baulichen Gegebenheiten gerecht wird.

**Bündnis 90 Die Grünen**

Wir unterstützen das Anliegen von nicht-binären Menschen, geschlechtergetrennte Einrichtungen diskriminierungs- und gewaltfrei zu nutzen. Daher setzen wir uns beispielsweise für diskriminierungsfreie Toiletten für alle Geschlechter ein. In der bisherigen Situation sind für sie nicht selten diskriminierende Erlebnisse wie Raumverweise, beleidigende Äußerungen und sogar Gewaltandrohungen die Folge, so dass der Besuch öffentlicher Toiletten häufig ganz gemieden wird. Auch in Krankenhäusern muss selbst bestimmte Geschlechtsidentität anerkannt werden, ebenso in Gefängnissen und es muss gewährleistet werden, dass nicht-binäre Menschen vor Diskriminierung und Gewalt geschützt sind.



## **FDP**

Wir Freie Demokraten werden Sie in dieser Forderung unterstützen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft.

**7. Wie steht Ihre Partei zur vollen rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, inklusive des gemeinsamen Adoptionsrecht und im Steuerrecht? Hintergrund: Das gemeinsame Adoptionsrecht ist für trans\*Menschen von zentraler Wichtigkeit, da jene, die vor 2011 ihre Personenstandsänderung unter dem TSG erwirkt haben, qua Gesetz unfruchtbar gemacht wurden. Zum jetzigen Zeitpunkt sind solche, homosexuell empfindenden Menschen vom Recht auf Familiengründung ausgeschlossen.**

## **SPD**

Die SPD freut sich, dass sie (doch noch) ein wichtiges Wahlversprechen einlösen konnte, das wir 2013 gemacht haben: Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare! Das entsprechende Gesetz, das auch das volle Adoptionsrecht umfasst, tritt am 1. Oktober 2017 in Kraft. Ein historischer Erfolg für eine moderne Gesellschaft. Auch wenn die SPD zur Frage des Adoptionsrechts für homosexuell empfindende trans\*Menschen noch keinen konkreten Beschluss gefasst hat, so gehen wir davon aus, dass auch sie von dieser Reform profitieren werden. Auch deshalb, weil sie grundsätzlich schon nach geltender Rechtslage Kinder adoptieren können. Wir werden die neue Entwicklung aufmerksam verfolgen.

## **DIE LINKE**

DIE LINKE tritt für die vollständige Rechtsangleichung ein. Statt jedoch am LPartG weiter rumzudoktern, wäre aus Sicht der LINKEN die Öffnung der Ehe der beste Weg. Entwurf des Wahlprogramms: „Wir wollen die Öffnung der Ehe und das volle Adoptionsrecht für Alle. Reproduktionsmedizin muss auch nicht-verheirateten und lesbischen Frauen zur Verfügung stehen.“

## **Bündnis 90 Die Grünen**

Wir setzen uns für die Öffnung der Ehe für alle Menschen unabhängig ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ein. Dies würde - wie bei Ehegatten - selbstverständlich auch das volle Adoptionsrecht einschließen. Seit mehreren Jahren haben CDU/CSU, SPD und FDP in verschiedenen Koalitionen die Ehe für alle blockiert: Wir sagen klar: Kein Koalitionsvertrag mit uns ohne die Durchsetzung der „Ehe für alle“.

## **FDP**

Die Öffnung der Ehe für alle war längst überfällig. Wir sehen darin einen Meilenstein für die Gleichstellung Homosexueller in Deutschland. Wir Freie Demokraten freuen uns, dass mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare auch Hürden beim Adoptionsrecht genommen wurden. Denn gleichgeschlechtliche Eltern stehen heterosexuellen Eltern in nichts nach, wie auch zahlreiche Studien und internationale Erfahrungen zeigen.



Steuerrechtlich wollen wir am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften festhalten und Familien dadurch entlasten, dass wir die Kinderfreibeträge anheben und Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar machen.

## **8. Setzt sich Ihre Partei zudem dafür ein, dass Kinder rechtlich mehr als zwei Eltern haben können?**

### **SPD**

Die Vielfalt der heutigen Familienkonstellationen und der wissenschaftliche Fortschritt in der Reproduktionsmedizin führen dazu, dass die biologischen Eltern immer häufiger nicht die sozialen Eltern sind. Deshalb setzen wir uns für ein modernes Abstammungsrecht ein, das diesen neuen Konstellationen Rechnung trägt. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat in der laufenden Legislaturperiode einen Arbeitskreis Abstammungsrecht eingesetzt, der Empfehlungen für eine Reform des Abstammungsrechts vorgelegt hat (Fußnote1). Darin sind auch Ausführungen enthalten zu der Frage der rechtlichen Eltern-Kind-Zuordnung (Teil 2, B). Die Ergebnisse werden Grundlage für eine in der kommenden Legislaturperiode zu diskutierende Reform des Abstammungsrechts sein, bei der auch die SPD eine konkrete Positionierung erarbeiten wird.

### **DIE LINKE**

Ja, Familie ist da, wo Menschen füreinander eintreten. Gerade Regenbogenfamilien und Patchworkfamilien haben dies seit langer Zeit bewiesen. Im Sinne des Kindeswohles wäre die Ausdehnung des Sorgerechts auf bis zu vier Personen sinnvoll, unabhängig von der geschlechtlichen Zugehörigkeit.

### **Bündnis 90 Die Grünen**

Das derzeitige Familien- und Kindschaftsrecht deckt weder die Vielfalt noch die Veränderlichkeit der vielfältigen Familienformen ab. Patchworkfamilien, in denen Kinder mit mehr als zwei erwachsenen Bezugspersonen aufwachsen, oder gleichgeschlechtliche Regenbogenfamilien sind bislang weitgehend unberücksichtigt. Deshalb wollen wir das Familienrecht erweitern und elterliche Mitverantwortung sozialer Eltern absichern. Das Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung soll die rechtlichen Möglichkeiten für Mehreltern-Konstellationen schaffen. Neben den leiblichen Eltern könnte die elterliche Mitverantwortung auf maximal zwei weitere Erwachsene übertragen werden. Diese Elternschafts-konstellationen sollen in einer Familienvereinbarung auch schon vor der Geburt eines Kindes vereinbart werden können. Das würde das Zusammenleben in Patchworkfamilien rechtlich besser gestalten und auch viele alltägliche Probleme insbesondere von Regenbogenfamilien lösen.

### **FDP**

Wir Freie Demokraten wollen einen besseren Rahmen für Patchwork- und Regenbogenfamilien mit mehreren sozialen Elternteilen. Mehreltern-Familien sind Realität



und müssen auch bei der rechtlichen Elternschaft abgebildet werden. Wird das Kind mit Hilfe einer Samenspende aus einer Samenbank im Rahmen der Reproduktionsmedizin gezeugt, soll die eingetragene Lebenspartnerin der Mutter von Geburt an auch rechtlich zweite Mutter sein können. Eine automatische Mutterschaft lehnen wir dagegen dann ab, wenn ein biologischer Vater vorhanden ist, der Verantwortung übernehmen will.

**9. Wird sich Ihre Partei für eine Entschädigung von trans\* Menschen einsetzen, die vor dem 11.01.2011 den §8 (Personenstandsänderung) des TSG in Anspruch genommen haben und sich dafür haben unfruchtbar machen lassen? Wenn ja, welche konkreten Entschädigungsmaßnahmen wird Ihre Partei für den Verlust der körperlichen Unversehrtheit durch diese Zwangssterilisierung ergreifen?**

#### **SPD**

Zu der Frage der Entschädigung gibt es noch keine abgeschlossene Position.

#### **DIE LINKE**

Dass dieser Passus des Personenstandsgesetzes nicht verfassungskonform und mit den Menschenrechten unvereinbar war, ist unstrittig und wurde von der LINKEN immer wieder kritisiert. Ob daraus jedoch ein Anspruch auf Entschädigungsleistungen erwächst hat DIE LINKE bislang nicht diskutiert.

#### **Bündnis 90 Die Grünen**

Der gesetzliche Sterilisationszwang für die Menschen, die vor dem 11.01.2011 den § 8 des Transsexuellengesetzes in Anspruch genommen haben und sich dafür unfruchtbar machen lassen mussten, bedeutete einen schweren operativen Eingriff in die Unversehrtheit des Körpers und war zweifellos eine schwere Menschenrechtsverletzung.

In welcher Form das somit erlittene Unrecht entschädigt werden kann, ist in unserer Partei noch nicht abschließend diskutiert worden. Wir wollen diese Frage aber gerne im Dialog mit Ihnen bearbeiten.

#### **FDP**

Wir Freie Demokraten sehen die erzwungenen Eingriffe als unverhältnismäßige Eingriffe in die Menschenwürde. Das Geschlecht darf nicht auf seine biologische Funktion reduziert werden, da Transsexualität vor allem mit Geschlechteridentität zu tun hat. Über eine mögliche, konkrete Entschädigung für die Opfer wurde parteiintern noch kein Konsens gefunden.

**10. Wie verhalten Sie sich im Lichte der zuvor genannten Argumente in Bezug auf Zuverfügungstellung und Kostenübernahme für reproduktionsmedizinische Assistenz für solche Menschen (unabhängig von Partnerschaftsmodellen)?**

#### **SPD**

Antwort: Die SPD steht zu dem auf der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung der Vereinten Nationen 1994 in Kairo geprägten Begriff der reproduktiven



Gesundheit. Reproduktive Gesundheit bedeutet, dass Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben haben können und dass sie die Fähigkeit zur Fortpflanzung und die freie Entscheidung darüber haben, ob, wann und wie oft sie hiervon Gebrauch machen wollen. Das schließt das Recht ein, Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen Familienplanungsmethoden zu erhalten. Die Beschränkung des Leistungsanspruchs der gesetzlichen Krankenversicherung bei künstlicher Befruchtung auf miteinander verheiratete Paare und die Verwendung von Ei- und Samenzellen der Ehegatten besteht seit dem Inkrafttreten der Vorschrift zum 1. Januar 1989. Die Frage, in welcher Form Menschen miteinander leben wollen, wird heute jedoch differenzierter beantwortet als vor 20 Jahren. Unsere Lebenswirklichkeit hat sich verändert. Die Frage einer Übernahme von Kosten für Maßnahmen der künstlichen Befruchtung durch die gesetzliche Krankenversicherung unabhängig von Partnerschaftsmodellen kann aber nur nachrangig zu den rechtlichen und psychosozialen Fragestellungen sein, die sich aus der mit der Fragestellung verbundenen Forderung ergeben. Hier besteht dringend Klärungsbedarf. Die SPD wird diese Diskussion in der kommenden Legislaturperiode vorantreiben.

#### **DIE LINKE**

Ja, DIE LINKE unterstützt die Zurverfügungstellung und die Kostenübernahme für reproduktionsmedizinische Assistenz. Siehe auch Antwort zu Punkt 7.

#### **Bündnis 90 Die Grünen**

Viele Paare ohne Trauschein oder Lebenspartnerinnen wünschen sich Kinder und ziehen dafür auch ärztlich assistierte Reproduktion in Betracht. Bei der Übernahme der anfallenden Behandlungskosten sollen alle diese Gruppen gleichgestellt werden. Wir fordern, dass die Möglichkeit der künstlichen Befruchtung Lebenspartnerinnen, Unverheirateten und selbstverständlich auch Trans\*Menschen offen stehen muss.

#### **FDP**

Wir Freie Demokraten fordern einen offenen Umgang mit den Möglichkeiten der modernen Reproduktionsmedizin. Allen Menschen muss unabhängig vom Familienstand der Zugang zu reproduktionsmedizinischen Angeboten gegeben werden. Das Kindeswohl hängt von der Liebe der Eltern ab, nicht von der Art der Zeugung. Der Staat sollte sich aus den intimen Angelegenheiten heraushalten und freie Entscheidungen ermöglichen, die ethisch vertretbar sind. Eizellspenden und nichtkommerzielle Leihmutterchaft sind in vielen Staaten der EU bereits legal und sollten auch in Deutschland unter Auflagen erlaubt werden.